

Anlage A zur Mandatsvereinbarung**Datenschutzinformation gemäß Art 13 und Art 14
Datenschutz-Grundverordnung**

Die nachfolgende Information beschreibt, wie bpv Hügel Rechtsanwälte GmbH als Verantwortlicher nach Art 4 Z 7 Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) personenbezogenen Daten im Rahmen des Mandatsverhältnisses sowie während dessen Anbahnung verarbeitet. Jegliche Datenverarbeitung findet ausschließlich im Einklang mit den Datenschutzbestimmungen der DSGVO und dem Datenschutzgesetz („DSG“) statt. Unbeschadet hiervon bleiben allfällige berufsrechtliche Verschwiegenheitspflichten nach § 9 Abs 2 RAO.

I.**NAME UND ANSCHRIFT DES
VERANTWORTLICHEN**

Verantwortliche für die Verarbeitung der im Rahmen der Mandatsvereinbarung verarbeiteten personenbezogenen Daten nach den datenschutzrechtlichen Bestimmungen ist bpv Hügel Rechtsanwälte GmbH (im Folgenden „bpv Hügel“):

bpv Hügel Rechtsanwälte GmbH
Donau-City-Straße 11, 1220 Wien
E-Mail: datenschutz@bpv-huegel.com
Tel.: (+43-1) 2 60 50-0

II.**ALLGEMEINES ZUR DATENVERARBEITUNG**

bpv Hügel erhebt, verarbeitet und speichert personenbezogene Daten im Rahmen der Begründung und Abwicklung des Mandatsverhältnisses grundsätzlich nur, soweit dies für die Erfüllung der vertraglichen oder gesetzlichen Verpflichtungen nach Art 6 Abs 1 lit b und c DSGVO erforderlich ist oder sofern eine dementsprechende Einwilligung durch den Betroffenen nach Art 6 Abs 1 lit a DSGVO in die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erteilt wurde. Sind hiervon auch strafrechtlich relevante Daten nach Art 10 DSGVO und/oder Daten besonderer Kategorie nach Art 9 DSGVO betroffen, insbesondere zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen im Rahmen der Mandatsvereinbarung, einschließlich Verfahrenshilfe, so wird als Erlaubnistatbestand für die Datenverarbeitung des Weiteren Art 9 Abs 2 lit f iVm Art 6 Abs 1 lit b DSGVO herangezogen. Ist die Verarbeitung zur Wahrung des berechtigten Interesses von bpv Hügel oder eines Dritten erforderlich und wird dieses nicht durch das Grundrecht auf Geheimhaltung des

Betroffenen überwogen, so findet die Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere die Weiterleitung, auf Grundlage des Art 6 Abs 1 lit f DSGVO statt.

Unter Umständen, beispielsweise zu Marketingzwecken, werden Daten nur mit Ihrer Einwilligung nach Art 6 Abs 1 lit a DSGVO verarbeitet.

Personenbezogenen Daten werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung und Verarbeitung entfällt, vorausgesetzt, dass für die längere Aufbewahrung nicht eine gesetzliche Verpflichtung angeführt werden kann, oder noch Rechtsansprüche bestehen, die gegen bpv Hügel geltend gemacht werden können und eine Aufbewahrung erfordern.

Im Einzelnen bestehen folgende Verarbeitungen von personenbezogenen Daten:

III.**VERARBEITUNGSVORGÄNGE****1. Mandatsverwaltung****1.1. Umfang der Verarbeitung personenbezogener
Daten**

bpv Hügel erhebt, generiert und verarbeitet – je nach Mandatsverhältnis - die folgenden personenbezogenen Daten zur Mandatsanbahnung sowie zur Abwicklung der rechtsbeiständlichen Beauftragung:

- (i) Name (Titel, akademischer Grad, Anrede/Geschlecht) bzw. Bezeichnung; Anschrift; Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderlichen Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken und -medien ergeben (insb. E-Mail Adresse); Geburtsjahr (soweit zur Identifikation oder Feststellung der Handlungsfähigkeit unbedingt notwendig); Geburtstag und -monat (soweit zur Identifikation oder Feststellung der Handlungsfähigkeit unbedingt notwendig); Beruf; Firmenbuchdaten; Zugehörigkeit zu einem bestimmten Einkaufsverband, Konzern; Korrespondenzsprachen, sonstige Vereinbarungen und Schlüssel zum Datenaustausch; Vertretungsbefugnisse; Dienstgeber bzw. Arbeitsstelle; Gegenstand der anwaltlichen Dienstleistung (z.B. Zivilprozess, Strafverfahren, Verwaltungsverfahren, Außerstreitverfahren, Grundbuchssache etc.); Kontaktperson beim Betroffenen zur Abwicklung der Dienstleistung; Relevante Versicherungen

(insbesondere Haftpflicht, Rechtsschutz);
Bankverbindung; Parteien;

Die Bereitstellung der unter (i) genannten Daten durch den Mandanten ist freiwillig; werden diese Angaben allerdings nicht bereitgestellt, kann bpv Hügel das Mandat als anwaltlicher Beistand sowie in Beratungstätigkeit nicht abwickeln. Eine Mandatsvereinbarung kann sohin nicht begründet werden.

- (ii) Ordnungsnummer, Code; Name und Zahl der Akten (laufende und erledigte); Sperrkennzeichen (z.B. Kontaktsperre, Rechnungssperre, Liefersperre, Buchungssperre, Zahlungssperre); Funktion (Zuordnung zu einer bestimmten Kategorie von Mandanten)

Kenn-Nummer für Zwecke amtlicher Statistik wie UID-Nummer und Intrastat-Kenn-Nummer; Beschränkungen der Rechtsgeschäftsfähigkeit; Gesetzliche oder gewillkürte Vertreter; Forderungen gegen den Verantwortlichen; Verbindlichkeiten gegenüber dem Verantwortlichen; Art der Leistung, Datum und Uhrzeit, Mitarbeiter, Honoraransatz, Barauslagen, Kosten; An der Tätigkeit mitwirkende Dritte einschließlich Angaben über die Art der Mitwirkung; Daten zur Vollmacht, Allgemeine Geschäftsbedingungen des Klienten; Daten zur Steuerpflicht und Steuerberechnung; Zahlungsbedingungen (Stunden/Tarif, Rabatte); Daten zum Zahlungs- oder Leistungsverhalten des Betroffenen

Mahndaten/Klagsdaten; Konto- und Belegdaten; Ein- und Ausgänge Aktkonto

Sonderhauptbuchvorgänge (z.B. Einzelwertberichtigung, Wechselforderung, Anzahlung, Bankgarantie); Im Grundbuch enthaltene Daten einer beteiligten Liegenschaft.

- (iii) *Zu allgemeinen Beratungszwecken (im Anlassfall):*

Daten rechtsgeschäftlicher Erklärungen (z.B. Verträge) aller Art; Daten in anderen übersendeten und selbst erstellten Dokumenten; Fristen und Termine;

Besondere Daten Fremdgeldabrechnung und Treuhandschaften (im Anlassfall):

Fremdgeld (Verwendungszweck/Rechtsgrund, Höhe der Forderung); Nummer Treuhandbuch; Kontodaten des Fremdgeldkontos; Fälligkeit

Fremdgeld; Zinssätze Fremdgeld; Tag der Zahlung; Beteiligte Behörden; Bankspesen, sonstige Kosten; Datum und Uhrzeit der Weiterüberweisung; Beginn und Ende Treuhandschaft;

Besondere Daten - Selbstberechnung der Grunderwerbssteuer (im Anlassfall):

Erfassungsbuch für das Bundesland; Postnummer im Erfassungsbuch; Laufende Nummer im Erfassungsbuch; Veräußerter/erworbener Anteil am Grundstück; Art des Rechtsvorgangs (z.B. Kauf, Tausch, Übergabe, Teilung etc.); Datum und GZ des Rechtsvorgangs; Datum des Auftrags zur Selbstbemessung; Datum der Vertragserrichtung; Datum des Entstehens der Steuerschuld; Steuernummer / Sozialversicherungsnummer Datum des Vorerwerbs; Bemessungsregisterpostnummer bzw. Erfassungsnummer, unter der der Vorerwerb angezeigt wurde; Finanzamtsnummer zum Einheitswertsaktenzeichen; Einheitswertaktenzeichen; Einheitswert; Bescheid des Finanzamts; Gegenleistung (z.B. Kaufpreis); Art der Bemessungsgrundlage (Einheitswert/Gegenleistung); Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbssteuer; Befreiung von der Grunderwerbssteuer; Selbstberechnete Grunderwerbssteuer; Entrichtete Grunderwerbssteuer; Bemessungsgrundlage für die Grundbucheintragungsgebühr; Rechtsgrundlage für eine allfällige Befreiung von der Grundbucheintragungsgebühr; Selbstberechnung Grundbucheintragungsgebühr; Erklärung, dass die Grundbucheintragungsgebühr nicht zurückgezahlt und kein Antrag auf Rückzahlung gestellt worden ist; Als Steuerschuldner herangezogener Erwerber/Veräußerer; Anmeldezeitraum; Aufbewahrungsfristen;

Besondere Daten – Zivilgerichtliche Verfahren, insbesondere ERV mit den Gerichten (im Anlassfall):

Streitwert einer Forderung samt Nebengebühren; Streitgrund und Klagebegehren (Forderung, Zinsen, Kosten); Parteien; Angaben zum Zinsenbegehren; Beschreibung und Höhe des Anspruchs (Klagsschilderung), Sachverhalt; Hinweise auf andere relevante Verfahren (z.B. Exekutionen, Strafverfahren etc.); Angebotene Beweise; Angaben zur Zuständigkeit; Haftung des Beklagten (z.B. als Bürgen); Sonstige Beteiligte (Zeugen, Sachverständige,

Drittschuldner etc.); Datum und Uhrzeit der Klage und sonstige Eingaben; Aktenzeichen, Gericht, Geschäftszahl; Vollmacht ausgewiesen; Klage zur Verbesserung zurückgestellt, zurückgewiesen; Einspruchsdaten des Beklagten; Daten von Streitwertänderungen; Zahlungen; Fristen und Termine (Ladungen); Datum etwaiger Urteile (einschließlich Zahlungsbefehle); Rechtsmittel-/Rechtsbehelfsbegehren Zurücknahme Klage/Rechtsmittel/Rechtsbehelf; Beschlüsse; Exekutionsanträge (Art der Exekution, Ort der Exekution); Datum und Uhrzeit der Exekutionen; Familienstand

Anzahl von Kindern, Sorgepflichten; Datum der Rechtskraft, Vollstreckbarkeit; Vorgeschriebene sowie entrichtete Gebühren, Fehlbetrag, Angaben zur Gebührenbefreiung; Forderungsübergang (Abtretung, Zahlung, Einlösung, gerichtliche Überweisung); Frühere und weitere Gläubiger des Beklagten (Name/Titel, GZ und Datum der Exekutionsbewilligung)

Besondere Daten – Strafverfahren (im Anlassfall):

Straftatbestände; Parteien; Sachverhalt; Angebotene Beweise; Sonstige Beteiligte (Zeugen, Privatbeteiligte); Aktenzeichen, Gericht, Geschäftszahl; Fristen und Termine (Ladungen); Höhe geltend gemachter zivilrechtlicher Forderungen; Vollmacht ausgewiesen

Besondere Daten – Verwaltungsverfahren (im Anlassfall):

Gegenstand des Verwaltungsverfahrens; Sachverhalt; Parteien; Angebotene Beweise, Zahl, Behörde; Sonstige Beteiligte; Fristen und Termine (Ladungen); Vollmacht ausgewiesen; Vorgeschriebene sowie entrichtete Gebühren, Fehlbetrag, Angaben zur Gebührenbefreiung; Angaben über Verfahrenshilfe

Die unter (ii) genannten Daten werden von bpv Hügel im Rahmen der Begründung und Abwicklung des Mandatsverhältnisses in Erfüllung (vor-)vertraglicher und gesetzlicher Verpflichtungen erhoben, eingeholt, generiert, verarbeitet und/oder gespeichert. Die Nicht-Bereitstellung, Nicht-Einholung und Nicht-Generierung der Daten der unter (ii) genannten Daten mündet in der Niederlegung des Mandates, da eine den Berufsanforderungen an (niedergelassene) Rechtsanwälte entsprechende

Beratung und rechtliche Vertretung nicht möglich ist.

1.2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verarbeitung der unter (i) und (ii) genannten Daten findet ausschließlich in Erfüllung der (vor-)vertraglichen Verpflichtungen aufgrund der Mandatsvereinbarung nach Art 6 Abs 1 lit b DSGVO statt. Strafrechtlich relevante Daten nach Art 10 DSGVO sowie personenbezogene Daten besonderer Kategorie nach Art 9 DSGVO werden durch bpv Hügel im Rahmen der Geltendmachung, Ausübung und/oder Verteidigung von Rechtsansprüchen nach Art 6 Abs 1 lit b DSGVO iVm Art 9 Abs 2 lit f DSGVO verarbeitet.

1.3. Zweck der Datenverarbeitung

Die unter (i) und (ii) angeführten personenbezogenen Daten, einschließlich Daten besonderer Kategorie und/oder strafrechtlicher Relevanz werden ausschließlich zum Zwecke der Erfüllung der Mandatsvereinbarung im Rahmen der anwaltlichen Tätigkeit erhoben, verarbeitet, gespeichert und weitergeben. Dies erfasst die Vertretung in zivil- und strafgerichtlichen Verfahren, verwaltungsbehördlichen und verwaltungsgerichtlichen Verfahren sowie außergerichtlichen Angelegenheiten und allgemeiner rechtlicher Beratung und Beratungsleistungen, einschließlich der Organisation von Terminen, Abwicklung des Rechtsvorfalls, Erbringung der der Beratungsleistung sowie Führung der Akten. Die unter (iii) genannten personenbezogenen Daten werden je Inhalt der Beauftragung und daher nur im Anlassfall verarbeitet.

1.4. Dauer der Speicherung

Die Daten werden bis zur Beendigung der Geschäftsbeziehung oder bis zum Ablauf der für den Verantwortlichen geltenden Aufbewahrungsfristen, nämlich 7 Jahre nach § 132 BAO, wobei der Fristenlauf mit Schluss des Kalenderjahres, für das die Verbuchung vorgenommen wurde bzw auf das sich der Beleg bezieht, startet.

Die Daten werden ferner bis zum Ablauf der Verjährungsfrist/ Anfechtungsfrist von 3 Jahren gespeichert, darüber hinaus bis zur Beendigung von konkret drohenden Rechtsstreitigkeiten, bei denen die Daten als Beweis benötigt werden.

1.5. Empfänger der Daten

(i) bpv Hügel ist – je nach Ausgestaltung des Mandats – als Rechtsbeistand auf Grund gesetzlicher Bestimmungen verpflichtet oder

aufgrund des berechtigten Interesse zur Abwicklung eigener Ansprüche ermächtigt, personenbezogene Daten an folgende Empfänger iSd Art 4 Z 9 DSGVO zu übermitteln:

- a) Steuerberater
 - b) Gerichte (auch [Bundes-]Verwaltungsgerichte in eigenen Angelegenheiten) aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen sowie zur Durchsetzung eigener Ansprüche
 - c) Verwaltungsbehörden, aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen
 - d) Bundesanstalt „Statistik Austria“
 - e) Haftpflichtversicherungen aus Anlass des Eintritts eines Versicherungsfalls aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen
 - f) Rechtsanwaltskammer in Erfüllung gesetzlicher Verpflichtung
 - g) Bundesminister für Inneres (Meldestelle Geldwäsche, Bundeskriminalamt) zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen
- (ii) Im Rahmen der Abwicklung der Mandatsvereinbarung einschließlich vorvertraglicher Maßnahmen und Mandatsanbahnungen sowie übernommenen Verfahrenshilfen werden personenbezogene Daten an folgende Empfänger iSd Art 4 Z 9 DSGVO übermittelt:
- a) Banken
 - b) Im Falle der rechtsstreitigen Erledigung Gegner / Gegenpartei
 - c) Dritte, die an der Mandatsabwicklung und/oder Beratungsleistung wie beispielsweise Notare und andere Rechtsanwälte mitwirken
 - d) Versicherungen der Klienten im Anlassfall
 - e) Gerichte und Behörden
 - f) Wirtschaftsprüfungsunternehmen des Betroffenen
 - g) Register für wirtschaftliches Eigentum (WiReg)

2. Marketing zu eigenen Zwecken und Newsletterversand

2.1. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

bpv Hügel erhebt, verarbeitet und generiert im Rahmen des Marketings zu eigenen Zwecken und des Newsletterversand die folgenden personenbezogenen Daten:

- (i) Name, Vorname, Gegebenenfalls Bezeichnung des Unternehmens / der Institution, Titel, Anrede,

Geschlecht, Unternehmens-/Institutionszugehörigkeiten (aktuell und historisch), Abteilung und Funktion im Unternehmen und/oder Institution, berufliche E-Mail Adresse, Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben, Datum und Uhrzeit von Kontaktaufnahmen durch den Verantwortlichen mit den Betroffenen (Historie), Technische Protokolle der Kommunikation (z.B. E-Mail-Bounces), Marketingkennzeichen (Kategorisierung, Zugehörigkeit zu Mandantengruppe, zu Interessentengruppe), Angaben zu Aktivitäten des Betroffenen auf die Marketingaktivität

- (ii) Information über den aktuellen Status (inkl. Start- und Enddatum) von Einwilligungserklärungen, Angaben zu Aktivitäten des Betroffenen auf den Newsletterversand, Datum und Uhrzeit der gesetzten Aktivität (Versand des Newsletters), Freies Textfeld zur Kommentierung des jeweiligen Betroffenen; Gegebenenfalls Aufbewahren des Widerrufs / des Widerspruchs

2.2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

bpv Hügel erhebt und verarbeitet die unter (i) genannten personenbezogenen Daten auf Grund des berechtigten Interesses, die Kanzlei und deren Tätigkeiten bei anzubahnenden und bereits bestehenden Mandaten zu bewerben und weitere Marketingaktivitäten auf Grundlage des Art 6 Abs 1 lit f DSGVO zu bewerben.

Ein Widerspruch nach Art 21 DSGVO ist jederzeit möglich und an datenschutz@bpv-huegel.com zu richten. bpv Hügel wird nach erfolgtem Widerspruch jegliche Marketingaktivitäten einstellen.

bpv Hügel versendet Newsletter, das heißt Mitteilungen über Aktivitäten der Kanzlei sowie zu beachtende gesetzliche Änderungen auf Grundlage der Einwilligung des Betroffenen nach Art 6 Abs 1 lit a DSGVO. Hierzu werden die unter (ii) genannten Daten verarbeitet. Bei Nutzung der Daten zu diesem Zweck werden die kommunikationsrechtlichen Vorgaben, insbesondere § 107 TKG 2003, eingehalten.

Ein Widerruf der Einwilligung ist jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich und an datenschutz@bpv-huegel.com zu richten.

2.3. Zweck der Datenverarbeitung

Zweck der Datenanwendung ist es, Marketingaktivitäten reibungslos und effizient zu organisieren und

abzuwickeln. Es liegt im berechtigten Interesse der Kanzlei, durch gezielte Marketingmaßnahmen Mandanten und Interessenten über das Leistungsspektrum und die erzielten Erfolge (Beratungsleistungen) zu informieren und sohin die Kanzlei zu bewerben. Der Versand erfolgt ausschließlich auf Grundlage der Einwilligung. Der Hinweis, diese Einwilligung jederzeit widerrufen zu können, ist dem Newsletter bei jeder Aussendung beigelegt.

2.4. Dauer der Speicherung

Wir speichern Ihre Daten bis zu drei Jahre nach Ihrem letzten Kontakt zu uns, soweit sie nicht vorher der Verwendung Ihrer Daten widersprechen.

Die für den Newsletterversand notwendigen Daten werden, solange Sie den Newsletter abonniert haben, oder bis auf Widerruf der Einwilligung, gespeichert.

2.5. Empfänger der Daten

Es werden keine personenbezogenen Daten an Dritte übermittelt.

3. **Kontaktdatenbank**

3.1. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

bpv Hügel erhebt, verarbeitet und generiert im Rahmen der kanzleieigenen Kontaktdatenbank die folgenden personenbezogenen Daten:

Vor- und Nachname, Kürzel, Anrede, Titel, Geschlecht, Berufliche Anschrift und Kontaktdaten, Organisatorische Zuordnung im Betrieb, Funktion im Unternehmen, Berufsbezeichnung, Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse, Informationen zur Weiterleitung von Nachrichten bei Abwesenheit, URL zu einer etwaigen Webseite, Mandanten, für die Betroffener tätig ist, Zugeordnete andere Kontakte (wie Vorgesetzte), Gegebenenfalls gesetzte oder geplante Aktivitäten wie Teilnahme an Veranstaltungen

3.2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

bpv Hügel erhebt und verarbeitet die genannten personenbezogenen Daten auf Grund des berechtigten Interesses, eine Kontaktdatenbank zur Auffindung der Kontaktpersonen beim jeweiligen Mandaten zu führen und sohin die Kommunikation zu erleichtern. Dies geschieht auf Grundlage des berechtigten Interesses nach Art 6 Abs 1 lit f DSGVO. Der Eingriff in das Recht auf Geheimhaltung ist als nicht schwerwiegend und im Rahmen des Mandatsverhältnisses angemessen zu bewerten.

Ein Widerspruch nach Art 21 DSGVO ist jederzeit möglich und an datenschutz@bpv-huegel.com zu richten. bpv Hügel wird - nach erfolgtem Widerspruch – die Daten unverzüglich löschen, sofern keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen entgegenstehen.

3.3. Zweck der Datenverarbeitung

Zweck der Datenverarbeitung ist die Führung einer Kontaktdatenbank zur effizienten Kommunikation mit Mandanten aufgrund der erleichterten, IT-basierten Auffindung der dementsprechenden Kontaktperson und/oder des Sachbearbeiters in einem eigens dafür geführten Verzeichnis.

3.4. Dauer der Speicherung

Daten, die nicht aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungspflichten zu speichern sind, werden nach drei Jahren nach Letztkontakt gelöscht.

Alle Daten werden gelöscht, sofern der Verarbeitung widersprochen wird und keine zwingenden Gründe zur Aufbewahrung/Verarbeitung entgegenstehen.

3.5. Empfänger der Daten

Es werden keine personenbezogenen Daten an Dritte übermittelt.

IV.

RECHTE DER BETROFFENEN PERSON

Personen, von und über die bpv Hügel personenbezogene Daten verarbeitet haben die folgenden Rechte:

1. **Recht auf Auskunft**

Sie haben gegenüber uns das Recht auf Auskunft über alle Daten zu Ihrer Person, die von uns verarbeitet werden. Im Einzelnen können Sie über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- (3) die Empfänger bzw die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- (4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder

Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;

(6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;

(7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;

(8) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art 22 Abs 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem Art 46 ff DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

2. Recht auf Richtigstellung und Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie können die Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger oder unvollständiger Daten verlangen. Sie können unter bestimmten Umständen, beispielsweise, wenn die Richtigkeit von Daten streitig ist, bis die Richtigkeit überprüft worden ist, eine Einschränkung der Verarbeitung von Daten dahingehend verlangen, dass diese nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person, oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden dürfen.

3. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie können verlangen, dass wir Ihnen – oder soweit dies technisch machbar ist, auch einem von Ihnen bestimmten Dritten – eine Kopie Ihrer Daten, die von Ihnen an uns zur Verfügung gestellt wurden, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format übersenden. Außerdem haben Sie das Recht diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

(1) die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem Art 6 Abs 1 lit a DSGVO oder Art 9 Abs 2 lit a DSGVO oder auf einem Vertrag gem Art 6 Abs 1 lit b DSGVO beruht, und

(2) die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts haben Sie ferner das Recht, zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von uns einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

4. Recht auf Löschung

Sie haben das Recht auf Löschung von Daten unter bestimmten Umständen, etwa wenn diese nicht gemäß den Datenschutzanforderungen verarbeitet werden.

Das sogenannte „Recht auf Vergessenwerden“ findet insoweit Anwendung, als wir Ihre Daten öffentlich gemacht haben. Dies ist etwa dann der Fall, wenn wir Daten (zB Fotos) ins Internet hochgeladen haben. Nachdem Sie uns die Drittverantwortlichen im Sinne des Art 17 Abs 2 DSGVO mitgeteilt haben, werden wir mit diesen entsprechend Kontakt aufnehmen und den Löschantrag kommunizieren.

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber uns geltend gemacht, sind wir verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

5. Recht auf Widerspruch

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art 6 Abs 1 lit e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Wir verarbeiten die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in diesem Fall nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

6. Kein Profiling

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gem Art 22 Abs 1 und 4 DSGVO wird von uns nicht durchgeführt.

7. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sie haben das Recht, soweit sie eine datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung erteilt haben, diese jederzeit ohne Angabe von Gründen an uns per E-Mail unter datenschutz@bpv-huegel.com zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

8. Aufsichtsbehörde

Ungeachtet der Möglichkeit einer Klage beim Landesgericht nach § 29 Abs 2 Datenschutzgesetz und etwaiger anderer Rechtsbehelfe besteht das Recht auf Beschwerde bei der nationalen Aufsichtsbehörde Ihres Aufenthaltsortes, wenn eine unrechtmäßige Verarbeitung personenbezogener Daten angenommen wird. In Österreich ist die Datenschutzbehörde, Wien, zuständig.